

DER 3. WEG

Zeitschrift für die natürliche Wirtschaftsordnung

Basis zur demokratischen Vollendung
der freien und sozialen Marktwirtschaft

Kommentar: Rationalität bei Wählern und Parteien	S. 2
Die Kassen sind leer - wo ist das Geld geblieben?	S. 3
Armut ist eine Krankheit, und Reichtum ist eine Krankheit	S. 6
Kreisläufe in der Natur - Kreisläufe in der Wirtschaft? Ansätze für eine ökonomische Ökologie	S. 7
Wie steht das Geld der Bewahrung der Schöpfung entgegen?	S. 12
Ergänzungen zu „Die Europ. Währungsunion“	S. 13
Insiderforum zur Kontakt- aufnahme mit Milliardären	S. 18
John Maynard Keynes - seine Biographen und Silvio Gesell	S. 21
Hustenanfall während eines Vortrags	S. 25
Regierungsprogramm zur Durchsetzung persönlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit	S. 27
Zum Konsultationsprozeß der Kirchen	S. 28
„Neues Geldsystem“ im Internet	S. 29
Das schnellste Bürger- begehren Bayerns	S. 30
Wir suchen Gesprächskontakte	S. 32
Dichtkunst und Phantasie Wer macht mit?	S. 34
Leserbriefe	S. 36
Der „Geraer Tauscher“	S. 37
Impressum	S. 40

Trau keinem Bankrotteur!

Würde die Größe eines Unternehmens eine Garantie für den Erfolg sein - der Staat Bundesrepublik Deutschland müßte glänzend dastehen. Schließlich lenkt dieses Gemeinschaftsunternehmen nahezu die Hälfte der Kaufkraft in seine Kassen. Zudem hat es gegenüber allen anderen Unternehmen einen unschätzbaren Vorteil: Der „Kunde“ ist zahlungspflichtig, der „Unternehmer“ Staat jedoch nicht leistungspflichtig. In eigener Machtvollkommenheit kann der Unternehmensvorstand (Regierung) die Lieferverträge ändern, obgleich entsprechende Preise (z. B. Beiträge zur Sozialversicherung) bereits gezahlt wurden. Noch vorteilhafter: Der Vorstand kann zweckgebundene Zahlungen (z. B. für den Straßenbau) selbstherrlich umdirigieren und an jammernde Kunden Unterstützungen (Subventionen) zahlen. Dafür kann er anderen höhere Preise abverlangen ohne die Leistung zu erhöhen. Da erblassen selbst Monopolunternehmen vor Neid.

Alle erdenklichen Voraussetzungen sind demnach gegeben, um das Unternehmen Staat zum Erfolg zu führen. Doch anstatt genüßlich wie Dagobert Duck im Geldspeicher zu schwimmen, versucht der Vorstand den Aufstieg aus dem Haushaltsloch. Hilfreich werfen einige Anleger Kletterseile hinunter, Kredite genannt. Währenddessen liegt Michel am Abgrund, schaut bang ins schwarze Loch, während Theo Waigel unten schon die Sonne des Jahres 2005 aufgehen sieht, das Jahr, bis zu dem die Staatsquote auf 44% gesenkt sein wird. Dann sollen 80 Milliarden weniger ins Haushaltsloch fliegen als heute. Damit finanziert die Wirtschaft bis zum Jahr 2000 schon zwei Millionen Arbeitsplätze; nicht auszudenken, wie viele es im Jahr 2005 sein werden. Die Lehre aus der Moritat: Trau keinem Unternehmer mit mehr als 2000 Milliarden Mark Schulden! (ws)



ERGÄNZUNGEN

aufgrund von Meldungen aus den Medien zum Beitrag: „Die Europäische Währungsunion“ von Tristan Abromeit

Anmerkung der Redaktion: Der umfangreiche Beitrag von Tristan Abromeit über die Europäische Währungsunion - den wir in unserer Februarausgabe begannen -, stellt weniger die Vertragstexte (siehe dazu DER DRITTE WEG 1/96), als vielmehr ordnungspolitische Hintergründe heraus. Insbesondere aber befaßt sich unser Autor mit den Chancen sowie Gefahren und nicht zuletzt mit den Befürchtungen der Europäer, die mit einer so gravierenden Umstellung von den nationalen zu einer europäischen Währung einhergehen.

Der Meinungsstreit über Vor- und Nachteile der Maastrichter Verträge wurde oft emotional ausgetragen, weder in Kenntnis der Gesetzestexte, noch der währungstheoretischen Voraussetzungen. So wird den Euro-Befürwortern in Deutschland eine Kapitulation gegenüber nationalen Interessen der Vertragspartner, den Euro-Kritikern ein DM-Nationalismus vorgeworfen. Abromeit titelt denn auch in seiner Hauptüberschrift: „Die Europäische Währungsunion - ist die Kritik daran = DM-Nationalismus?“

Die nebenstehende Gesamtübersicht zeigt, daß es Abromeit um Aufklärung geht, also nicht um eine Anti-Europa-Position. Er weist die von den blinden Propagandisten unterstellten nationalistischen Motive der Euro-Währungskritiker zurück und darauf hin, daß Währungsprobleme schon immer ein Grund für den Antisemitismus waren. Wer den „geerbten“ Antisemitismus weiter abbauen und einen neuen vermeiden helfen will, sollte sich tiefer in die Währungsproblematik einarbeiten, als dies die politischen Euro-Konstrukteure tun. In einem Exkurs weist er darauf hin, daß neben dem Strukturfehler „Währung“ ein weiterer besteht, der wie ein Spaltpilz in und zwischen den Gesellschaften wirkt. Es ist das Bodenrecht. Seine Kernaussage ist: Ein friedliches und gedeihliches Europa schafft man nicht dadurch, daß die ungelösten nationalen Strukturprobleme auf einen europäischen Haufen gebaggert werden. Die Gliederung der Arbeit wurde vom Fortgang der öffentlichen Diskussion bestimmt. Damit sie keine „unendliche Geschichte“ wird, wurde sie, wie im ersten Teil ausgewiesen, am 31. 12. 1995 abgeschlossen.

Die Gefahr, daß die Organisationen der Banken und Sparkassen sich in Sachen Euro-Währung als blinde Blindenführer betätigen, haben ihn zu einem Nachtrag veranlaßt. Ein weiterer Nachtrag befaßt sich mit den im Ausland umlaufenden oder gehorteten DM-Noten.

4 Drei Ergänzungen aufgrund neuerer HAZ-Berichte

4.1 Die SPD will nicht lernen, ihre Konkurrenten auch nicht

Wolfgang Mauersberg titelt in der HAZ vom 13. 12. 1995: „Lafontaine - Wirtschaftsguru“ und schreibt unter anderem:

„Der SPD-Vorsitzende malt das Gespenst einer neuen Rezession an die Wand und hat auch gleich ein probates Mittel dagegen. Er schlägt vor, die Einführung der europäischen Währungsunion zu verschieben. Wie der Wirtschaft durch Verzicht auf eine Währungsunion geholfen werden soll, leuchtet zwar nicht ein. Aber es klingt gut ...“

Es wird dann erläutert, daß Lafontaine mit einer Neuverschuldung die Konjunk-

Gesamt-Inhaltsübersicht

1. Folge (siehe DDW 2/1996)

- 1 Für die Chancen - gegen die Gefahren
 - 1.1 Abwehr von Verdummungsstrategien und Überwindung der Blindflecken
 - 1.2 Zusammenfassung / Merkzettel für die weitere Diskussion
- Kasten: Gesells Warnung vor dem europäischen Binnenmarkt von 1926

2. Folge (siehe DDW 3/1996)

- 2 Vom politischen Selbstverständnis, der eigenen Kritikbasis und vom mühsamen Geschäft der Aufklärung
- 3 Schlußbemerkungen zu Teil 1 und 2

3. Folge (in diesem Heft)

- 4 Drei Ergänzungen aufgrund neuerer HAZ-Berichte und zwei Nachträge
- 4.1 Die SPD will nicht lernen, ihre Konkurrentinnen auch nicht
- 4.2 Wolffsohn: „Europa hat sich noch längst nicht gefunden“
- 4.2.1 Die Währungsunordnungen als Quellen des Antisemitismus

4. Folge (erscheint im Mai 1996)

- 4.2.2 Ein Exkurs über die Bodenrechtsproblematik als mögliche Gründe für neue Scheiter- und Scherbenhaufen
- 4.3 Die Volksbanken versprechen: „Wir machen den Weg frei, Die Adressaten sollten erwidern: „So fangt doch endlich an und spielt nicht wie bisher die ‚Bauernfänger‘“
- 4.4 Erwarten die Politik eine Aufklärungs- oder Propaganda-Aktion der Banken und Versicherungen?
- 4.5 Angaben über DM- und Dollar-Notenbestände im jeweiligen Ausland als Störfaktor und als Problem bei der Währungsumstellung.

tur ankurbeln will. Die Neuverschuldung bedeutet aber, daß ein Aufnahmekriterium für die Währungsunion von der BRD nicht erfüllt werden kann. Wenn es in Analyse und Therapie stimmen würde, könnte man ja die alte Weisheit hervorkramen und sagen, daß jedem das Hemd näher ist als der Rock.

Aber Mauersberg schreibt zu recht:

„Seine jetzigen Vorschläge weisen nicht in die Zukunft, sondern zurück in

die siebziger Jahre. Die Rezepte haben sich aber damals nicht bewährt, die Massenarbeitslosigkeit nicht verhindert und uns stattdessen eine immense Staatsverschuldung beschert.“ ➤

Werner Onken schreibt im Vorwort der 107. Folge der Zeitschrift für Sozialökonomie:

„... im laufenden Haushaltsjahr muß der deutsche Finanzminister jede fünfte Mark aus den Steuereinnahmen für die Verzinsung der staatlichen Schulden ausgeben. 1996 wird dafür schon jede vierte Steuermark fällig sein. Wenn die Schulden- und Zinsspirale sich weiterhin so dreht wie bisher, dann - so lautet die Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft - müssen die öffentlichen Hände im Jahr 2044 alle ihre Steuereinnahmen für die Zahlungen von Kreditzinsen aufwenden. Für Soziales, Bildung und Kultur oder für den Umweltschutz wird dann keine Mark mehr übrig sein.“

Alte Hüte hier - scheinheilige Polemik dort

Die HAZ vom 14. Dezember meldet nun auf der Titelseite:

„Mit Hohn und Spott haben Politiker der Koalition auf die am Dienstag von SPD-Chef Oskar Lafontaine bekundete Bereitschaft reagiert, zur Konjunkturbelebung einen Anstieg der Neuverschuldung in Kauf zu nehmen. Bei der CDU hieß es, Lafontaine greife zu 'Rezepten aus der sozialistischen Mottenkiste'.“

Über solche Sprüche kann man sich nun nicht mehr wundern, denn seit Jahren unterscheidet sich die Staatslenkungs-kunst der Christ- und Freidemokraten nur noch in kleinen Variationen und im ideologischen Unterbau von jener der Sozialdemokraten.

Lafontaine ist doch in einer Situation, in der ein Schweigen als eine neue Fehlbesetzung der wichtigsten Führungsposition der SPD gedeutet würde. Da ihm aber weder von der Wirtschaftswissenschaft noch vom Wirtschaftsjournalismus neue tragfähige Lösungsvorschläge unterbreitet werden, sagt er sich doch sicher: „Wenn ich meine Macht erhalten und ausbauen will, muß ich etwas mit Überzeugung in der Stimme sagen, auch wenn es falsch oder zweifelhaft ist.“

Wenn nun aber falsche Aussagen eines Politikers zu einer Situation führen, die die politisch handelnden Personen dazu zwingen, auch das Falsche zu tun? Wir laufen nämlich nicht nur Gefahr, den nachfolgenden Generationen eine strahlenmäßig und chemisch verschmutzte Umwelt zu hinterlassen, sondern auch eine sozialökonomisch verzerrte, die zur Systeminstabilität, Krieg und Sklaverei führt.

Brüchiger theoretischer Hintergrund

Lafontaine knüpft offensichtlich bei seinen programmatischen Ankündigungen bei John Maynard Keynes an. Keynes war nach Marx sicher für die SPD die größte ökonomische Leitfigur. Es ist ja gar nicht falsch, die Altvorderen zu befragen, wenn einem selber keine probaten Lösungswege für Probleme einfallen. Es ist auch unklug, so zu tun, als hätten Marx und Engels nie gelebt. Die Überheblichkeit der gegenwärtigen Generation gegenüber den vorangegangenen ist aus meiner Sicht sowieso oft widerwärtig. Wenn wir suchend zurückschauen, dann dürfen wir dies aber nicht gläubig tun, sondern kritisch. Die Frage ist immer: Sind einem großen Vordenker, dem wir handelnd mit negativem Ergebnis gefolgt sind, fundamentale Fehler unterlaufen oder haben wir Nachdenker bei der Umsetzung der Theorie in die Praxis Fehler gemacht?

Was steuert den Markt?

Das Problem, das es zu lösen gilt, ist in der Kurzbeschreibung folgendes: Die marktwirtschaftliche Steuerung von Produktion, Investition und Konsum kann nur dann richtig funktionieren, wenn das Theorem von Jean Baptiste Say (1767 bis 1832) stimmt, daß sich die Produktion die eigene Nachfrage schafft. Mit der Produktion ist die Einkommensverteilung verbunden. Das Einkommen wird zur Nachfrage und räumt die Märkte von der fertigen Produktion und schafft so die Voraussetzung für künftige Produktion und Vollbeschäftigung der Arbeit. Keynes stellt nun - wie vor ihm Gesell, Proudhon und andere - fest, daß dieser Steuerungszusammenhang von der Geldseite her immer wieder gestört werden kann. Keynes spricht in diesem Zusammenhang von der Liquiditätsfalle des Geldes, die sich dann auftut, wenn die Differenz zwischen dem Vorteil der Liquidität und dem Vorteil der Rendite des investierten Geldes zu gering wird. Gesell spricht hier von der Hortung, die

dann einsetzt, wenn der Markt den Zins in die Nähe oder unter den Urzins drückt.

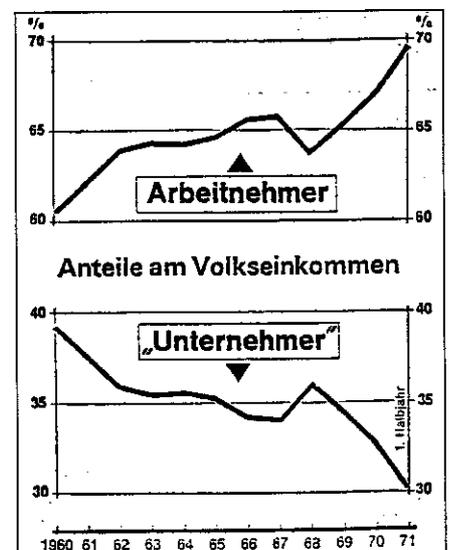
Die Beschreibung des Problems läßt nicht ohne weiteres erahnen, welcher gesellschaftliche Sprengstoff sich dahinter verbirgt.

Claudia Schmidt schreibt in der HAZ vom 23. / 24. Oktober 1971 unter dem Titel DAS WUNDER:

„Eine Art von Wunder nannte der große britische Nationalökonom John Maynard Keynes einst das Phänomen, daß im Wettlauf von Löhnen und Gewinnen die Löhne es nicht schaffen, ihre Position entscheidend zu verbessern. Die Lohnquote, das heißt der Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen, ist, so meinte man lange Zeit, 'ehern'. Diesen Umstand führte man auch gegen die Gewerkschaften zu Felde. Es hieß, wenn die Gewerkschaften einen höheren Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen durchsetzen wollten, dann könnten sie dies - wenn überhaupt - nicht auf dem Wege von Lohn- und Gehaltserhöhungen erreichen.“...

„Um diese 'naturgesetzliche Unabänderlichkeit' der Lohnquote, an der man so lange Jahre festgehalten hat, ist es bei uns inzwischen still geworden: denn heute kann in der Bundesrepublik von einer ehernen Lohnquote keine Rede mehr sein. Seit 1960 nämlich konnten sich die Arbeitnehmer einen immer größeren Brocken am Volkseinkommen erobern.“

Die nachfolgende Grafik ist in dem Artikel von Claudia Schmidt eingefügt.



(Daß der Begriff Unternehmer in der Grafik in Anführungsstrichen gesetzt ist, liegt sicher dar-

an, daß dieser Begriff ein „Sammelsurium“ ist, wie C. Schmidt schreibt. Es ist um der Klarheit willen erforderlich, daß die Statistiker endlich eindeutig zwischen dem Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer und Unternehmer einerseits und dem Kapitaleinkommen der Arbeitnehmer, Unternehmer und den reinen Geldanlegern - den funktionslosen Investoren - unterscheiden.)

1978 war in einem Beitrag von Werner Onken in der Zeitschrift für Sozialökonomie (Folge 38) zu lesen:

„Vor rund einem halben Jahrzehnt prägte der heutige Bundeskanzler Helmut Schmidt einmal die Kurzformel 'Lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslosigkeit'. Mittlerweile können wir jedoch nicht mehr zwischen einem größeren und einem kleineren sozialen Übel auswählen - aus der Alternative wurde schon seit einiger Zeit eine doppelte Bürde. Zwar liegen die Inflationsrate und die Arbeitslosenquote unterhalb der 5%-Marke, aber die Berechtigung zu einem unbesorgten Konjunkturoptimismus läßt sich daraus nicht herleiten.“ ...

Und an anderer Stelle heißt es:

„Die periodisch wiederkehrenden Konjunkturkrisen setzten in der Vergangenheit immer dann ein, wenn nach einer länger andauernden Entfaltung der volkswirtschaftlichen Produktivkräfte ein stetig wachsendes Kapitalangebot das Rentabilitätsniveau herabdrückte, so daß die Lohnquote ansteigen konnte.“ ...

Und wenn man heute in der Wirtschaftspolitik von der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland spricht, dann heißt das im Klartext: **Wir müssen die Rentabilität des Kapitals zu Lasten des Arbeitseinkommens steigern.**

Unter der Zwischenüberschrift

„Große Chance: Bündnis für Arbeit“

heißt es im HAZ-Leitartikel „Kohl muß kämpfen“, von Matthias Koch, in der Ausgabe vom 16./17. Dezember 1995:

„Schon wenn die Erhöhung der Löhne in den kommenden Jahren nur um einen Prozentpunkt niedriger ausfiele, brächte dies den Unternehmen einen Entlastung in Höhe von 18 Milliarden Mark.“

Unterliegt die Lohnquote doch einem ehernen Gesetz? Die Freiwirtschaftsschule sagt, das „eherne“ Gesetz ist kein Naturgesetz, sondern es ist eine Folge von Strukturfehlern in der Währungsver-

fassung. Gesell wollte dieses „eherne“ Gesetz mit einer konstruktiven Umlaufsicherung des Geldes außer Kraft setzen. Er wollte das Geld auf die Stufe der Waren setzen, die in den bisherigen Währungsverfassungen dem Geld immer unterlegen waren. Proudhon hatte vorher mit seinen Warenbanken versucht, die Ware auf die Stufe des Geldes zu stellen, was nicht gelungen ist, nicht gelingen konnte. Keynes, der für Gesell in seinem Hauptwerk - zum Ärger der Keynesianer - lobende Worte fand, kannte Gesells Ansatz und wollte vermutlich aufgrund von Ehrgeiz, Vermeidung eines Konfrontationskurses zu den Ökonomekollegen oder aufgrund von Denkfehlern eine andere Lösung anbieten.

Keynes schreibt in einem Brief vom 31. 12. 1936 an Karl Walker (in der Übersetzung):

„Es würde gewiß ein Fehler gewesen sein anzunehmen, ich hätte meine Ansichten über Gesell von Haber, den ich - glaube ich - nur in einer Fußnote am Rande meiner letzten Arbeit erwähnte. Gleichzeitig aber sollte nach meiner Meinung die Ähnlichkeit zwischen meinen Theorien und denjenigen von Gesell nicht zu weit in den Vordergrund geschoben werden.“

In einem Leserbrief von Karl Walker in der Wirtschaftswoche vom 26. 2. 1971 heißt es:

„Wer seinen Keynes aufmerksam gelesen hat, wird noch wissen, daß Keynes auch den Outsider S. Gesell kannte. Tatsächlich gleicht die Konjunkturdiagnose von Keynes der 40 Jahre älteren Gesellschen Krisentheorie. Wichtig scheint mir aber der Unterschied in der Therapie der beiden. Dieser liegt hier darin, daß Gesell den in den gehorteten Geldern steckenden legitimen Anspruch auf Güter um der Erhaltung der Kaufkraft des Geldes willen respektierte und nur darauf bedacht war, dieses Geld (mit Durchhaltekosten für die Hortung) wieder in den Umlauf zu zwingen. Keynes dagegen wußte natürlich von der Aversion, mit welcher die Gesellsche Idee von der Fachwissenschaft zur Kenntnis genommen worden war, und hielt es deshalb für eine bessere Lösung, den Leuten ihre Geldhortung zu lassen und statt dessen einfach neues Geld zu drucken und damit

staatliche Investitionen zu finanzieren.“

Geld drucken oder Schulden machen?

Die Lösung mit dem Zugriff auf die Geldnotenpresse läßt sich heute politisch nur schwer oder gar nicht verkaufen. Aber der Weg der weiteren Verschuldung des Staates zur Stützung der Konjunktur ist eben auch eine Sackgasse. Es sind ja nicht nur die negativen Aspekte der Einschränkung der politischen Gestaltungsfreiheit der nachfolgenden Generationen und die weiteren Umverteilungsaspekte von arm auf reich zu berücksichtigen, sondern, daß staatliche Renditestützungsprogramme zwar den Geldanleger erfreuen mögen, den Produzenten aber gar nicht, weil die staatliche Nachfrage auf dem Kreditmarkt den Zins hoch hält oder höher treibt und damit eine Kostensteigerung des Produzenten bewirkt, die höher liegen dürfte als Lohnsteigerungen im gleichen Zeitraum.

Daß die Verschuldung des Staates mit der Preisniveaustabilität nichts zu tun hat - außer der Staat verschuldet sich bei der Notenbank -, hat sich offensichtlich sogar schon bei den Sachverständigen herumgesprochen. In der HAZ vom 14. Dez. ist unter dem Titel „Deutsche haben Angst vor Aufgabe der Mark“ zu lesen:

„Die führenden Wirtschaftsinstitute sprechen sich für die Währungsunion aus und halten das Verschuldungskriterium sogar für überflüssig zur Stabilitätssicherung.“

Wenn Keynes und Gesell in der Analyse der ökonomischen Krisen richtig liegen - und alles spricht auch heute dafür -, die Therapie von Keynes aber mehr ökonomische Krankheiten produziert als heilen kann, dann muß die Gesellsche Therapie probiert oder eine bessere erfunden werden.

Ich habe keine Hoffnung, daß Lafontaine, Schröder oder Scharping von der SPD, Fischer oder Trittin von den Bündnisgrünen, Gerhard oder Rexroth von der FDP, Kohl oder Waigel von der CDU/CSU, dieses einsehen werden. **Ich schätze die Lernfähigkeit der westdeutschen Politiker nicht höher ein als die bei dem ehemaligen Kader der untergegangenen SED.**

Die Chance, mit Gesell die Europawährung, die Vollbeschäftigung, den Abbau

der Staatsverschuldung, eine gerechte Vermögensverteilung, freiheitliche Strukturen und eine ökologische Gesundung der Umwelt zu erreichen, wird nur dann genutzt werden können, wenn dieses Thema - wie das Thema Ökologie - zum Gegenstand des politischen Wettbewerbes, zum Gesprächsthema von Jugendlichen gemacht werden kann. Diese Stellungnahme ist ja ein Versuch, dazu beizutragen, daß dieses geschieht. Wenn ich mir unsere Medienlandschaft aber nüchtern betrachte, wird dieser Versuch so gut wie gar nicht von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Das ergibt sich schon durch einen Vergleich Auflagenhöhe dieses Beitrages mit den vielen Beiträgen anderer Autoren.

In den Blättern *Trotz Alledem* Nr. 42, 1995, wird aus der letzten Arbeit des 1919 ermordeten Sozialisten Karl Liebknecht, dessen Vater Mitbegründer der SPD war, wie folgt zitiert:

„Wir sind nicht geflohen, wir sind nicht geschlagen. Und wenn sie uns in Bande werfen - wir sind da, und wir bleiben da! Und der Sieg wird unser sein. TROTZ ALLEDEM“

Liebknecht soll ein unbeugsamer, aber undogmatischer Mensch gewesen sein. Sein Wahlspruch *„Trotz alledem“* soll auch der meine sein. Einst waren es die Bande des kaiserlichen Obrigkeitsstaates, die die Freiheitssucher und die nach Gerechtigkeit durstenden Menschen in die Fessel schlugen, danach kam Hitler und seine Schergen, die das Geschäft der Unterdrückung potenzierten. Heute sind es die ideologischen Bande der Realpolitiker, die einen wirklichen Fortschritt in Richtung Freiheit, Gleichheit Brüderlichkeit verhindern.

4.2 Wolffsohn: „Europa hat sich noch längst nicht gefunden“

4.2.1 Die Währungsunordnungen als Quellen des Antisemitismus

„Europa hat sich noch längst nicht gefunden“ - Mit diesem Gesprächsbeitrag von Michael Wolffsohn titelt Michael B. Berger in der Rubrik *„Im Gespräch“* seinen Beitrag in der HAZ vom 13. Dezember über den Historiker und Publizisten. Wolffsohn, der *„Kaufmannssohn, Sproß deutsch-jüdischer Emigranten, wurde 1947 in Tel Aviv geboren und kam zehn Jahre später mit seinen Eltern nach Deutschland.“* Hätte ich mit aus-

wählen und wählen können, wäre Wolffsohn bei der letzten Bundespräsidentenwahl mein Kandidat gewesen. Wolffsohn versteht Europa in erster Linie als eine Wertegemeinschaft, die der Aufklärung, der Humanität und der Toleranz verpflichtet sein sollte. Der Abgleich zwischen Soll und Ist fällt auch für Wolffsohn lt. HAZ deprimierend aus.

„Europa hat sich noch nicht gefunden“, urteilt der Historiker - Belege bieten ihm nicht nur das Blutvergießen im ehemaligen Jugoslawien oder in der ehemaligen Sowjetunion, sondern auch der in vielen Ländern noch grassierende Antisemitismus. ... Für viele Osteuropäer, warnt Wolffsohn, seien Juden 'schon wieder schuld' - etwa am Kapitalismus. Neue 'Abgründe' hätten sich nach 1989 - dem Jahr der Befreiung vom Kommunismus - aufgetan.“

An anderer Stelle heißt es:

„Doch irritiert ihn schon, wenn Kritiker monierten, nur einer wie Wolffsohn habe so kritisch über Juden in Deutschland schreiben können, ohne als Antisemit geziehen zu werden: 'Die Wahrheit scheint in Deutschland wohl tabu?'“

Mangelhafte Währungsordnungen zerstören friedliches Miteinander

Die Entstehung des Antisemitismus in Europa und die Judenverfolgung und -vernichtung und die neuen Abgründe haben viel mit dem Währungssystem zu tun. Die mangelhaften Währungsverfassungen waren in der ganzen Geschichte immer wieder Störfaktoren, die die Wohlfahrt und Sicherheit der Völker verhindert oder zerstört haben.

Die vielen alten Sprüche um das Thema Geld, wie *„Geld regiert die Welt“* beweisen, daß die Menschen immer geahnt haben, daß mit dem Geldsystem etwas nicht in Ordnung ist. (Die DM-Zeit ist ebenjene, wo es zum erstenmal einigermaßen mit der Währung in Ordnung ist. Daher auch die Angst vor dem Verlust der DM-Währung.)

Da die Störungsursachen aber lange Zeit nicht (für die meisten Menschen auch heute noch nicht) analytisch durchdrungen wurden, aber Erklärungen als Grundlage für Handlungssicherheit benötigt wurden, brauchte man eben Schuldige. Da man die Juden in Europa aufgrund religiöser Vorschriften im Juden- und Christentum und aufgrund von Berufsverboten geradezu in

das Bankgeschäft hineingedrängt hatte, wurden sie ohne eigenes Zutun zu Schuldigen erklärt und im nächsten Schritt zu Opfern.

Das Bankgeschäft und die Währungsgestaltung und -verwaltung sind nun zwei verschiedene Stiefel¹⁾. Aber die Mängel in der Währungsverfassung werden am ehesten durch das Bankgeschäft sichtbar. Scheinbar wurden und werden die Vorurteile durch die Wirklichkeit bestätigt. Für die angeblich aufgeklärten linken Kritiker des Kapitalismus ist es natürlich tabu zu sagen, die Juden seien wieder schuld an den Zuständen. Es werden auch keine Personen mehr als Schuldige benannt, sondern man spricht von den Großbanken und Multis. Daß die Wirkungsmechanismen in den Sparkassen und Volksbanken die gleichen sind wie in den Großbanken, übersehen ideologisch geprägte linke Kritiker. Sparkassen, die keinen privaten Eigentümer haben, und Volksbanken, die genossenschaftlich konstituiert sind, können ja nicht kapitalistisch sein, so habe auch ich vor vielen Jahren gedacht.

Linke Kritiker argumentieren immer noch personenbezogen

Sich herabzulassen, die Störungen in den fehlkonstruierten Strukturen zu suchen, hält man sich für zu schade. Aber es ist vordergründig einleuchtender, wenn es Menschen sind, die das Böse bewirken. Also braucht man doch schuldige Menschen. Es sind dann eben aus linker Sicht nicht Juden, sondern die bösen Kapitalisten, die Repräsentanten des Großkapitals. Und einige denken dann auch noch, daß man durch die Ermordung von Funktionsträgern das System in die Luft sprengen kann.

Ich denke, in der Vergangenheit und Gegenwart haben die meisten Geldverleiher keine Ahnung von dem währungstheoretischen Hintergrund ihres Handelns gehabt. Es wird aber wohl immer eine Minderheit gegeben haben, die die destruktiven Kräfte von Währungsverfassungen durchschaut und für sich genutzt hat. Unter diesen Wissenden waren und sind sicher auch Juden, die sich nicht der Aufklärung verpflichtet fühlten bzw. fühlten, sondern ihrem wachsenden Vermögen und sich somit gegenüber ihren Glaubensschwernern und -brüdern schuldig machten und machen.

Ist nicht einer, der so etwas formuliert, ein Rechtsradikaler?

Es genügt doch heute schon, sich überhaupt auf die mit der Währung verknüpfte Zinsproblematik einzulassen, um als „rechtsaußen“ beschimpft zu werden. Hat nicht Hitler, haben nicht die Nationalsozialisten das Wort von der Zinsknechtschaft gebraucht und mißbraucht? Durch die Tabuisierung der Zusammenhänge herrscht Hitler indirekt noch immer.

Die Tabuisierung des Zinsthemas spricht Gunnar Heinsohn in seinem Essay „Zinsen, Hexen, Habermas - Gesellschaftserklärung oder Wirklichkeitsverleugnung“ an. Er kritisiert daß in dem 1166 Seiten umfassenden Werk „Theorie des kommunikativen Handelns“, von Jürgen Habermas der Begriff Zins nicht einmal vorkommt. Wer diese Zusammenhänge ignoriert oder ungeprüft als Unsinn abtut, der riskiert oder will, daß auch in Zukunft Minderheiten drangsaliert oder umgebracht werden.

Am Rande sei hier bemerkt: Daß einzelne Juden von Deutschen nicht ohne soziale oder politische Sanktionen kritisiert werden können, ist nicht nur für Wolffsohn irritierend; es ist auch allgemein gefährlich für die jüdische Gemeinschaft. Mit der Herausnahme der Juden aus jeglicher Kritik und ihrer Überhöhung kann die Erniedrigung und Vernichtung in der Vergangenheit nicht kompensiert werden.

Wenn Ignaz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, z. B. von den Massenmedien so hofiert wird, als sei er der Repräsentant einer

vierten Gewalt in Deutschland, dann fördert das nicht das Verständnis für die Juden und deren Interessen, sondern schadet ihnen, weil meines Erachtens durch diese Überaufmerksamkeit ein Unbehagen in der Bevölkerung entsteht, das latent den Antisemitismus fördert, weil das Volk sich aufgrund von Tabus nicht artikulieren kann. ■

*) Es hat nun aber Orte und Zeiten gegeben, wo die Tätigkeiten der Münze (heute Noten- oder Zentralbank) und der Geschäftsbank zusammenlagen. Im „Forschungsbericht des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums Nordrhein-Westfalen“ Nr. 437 von 1957, eine Arbeit von Dr. Ingeborg Meyer mit dem Titel „Geldwertbewußtsein und Münzpolitik - Das sogenannte Gresham'sche Gesetz im Lichte der Verhaltensforschung“ mit einem Geleitwort von Prof. Dr. G. Schmolders ist z. B. in einer Fußnote zu den „Ephraimiten, Münzen, die im Siebenjährigen Krieg von den jüdischen Münzpächtern EPFRAIM und Söhne in Leipzig, später auch in Preußen, mit immer stärker abnehmenden Gehalt geschlagen wurden, waren zunächst eine Quelle der Kriegsfinanzierung; ...“ folgendes zu lesen: „Der immer stärker abnehmende Gehalt dieser Münzen, die zu 20, 40 und selbst zu 45 Reichstalern aus einer Mark Silber (statt 14 Reichstaler) ausgebracht wurden, machte diese Ephraimiten rasch berüchtigt, welche der Berliner Witz als 'von außen schön von innen schlimm - von außen Friedrich, von innen Ephraim' bezeichnete.“ Fußnote 27, Seite 14.

In der Fußnote 32 auf Seite 15 heißt es dann: „Nicht unbeachtet bleiben darf andererseits die Tatsache, daß die Juden dem Staate, dem sie zudem durch wirkliche bürgerliche Arbeit gar nicht dienen konnten, durch ihre Geldmanipulationen geradezu ein Entgegenkommen erwiesen.“ Die Firma Ephraim und Söhne leistete dem Staate durch die Organisation der

Geldschöpfung und der Unterbringung der schlechten Münzen im Ausland zweifellos große Dienste. Sie wußte durch weitreichende und oft keineswegs einwandfreie Beziehungen das preußische Kriegsgeld meist in Polen unterzubringen, auf Umwegen selbst bei dem kaiserlichen Heer, dem auf die Dauer die preußischen Münzen zu einem unentbehrlichen Zahlungsmittel wurden“, Beutin.

Auf Seite 17 heißt es dann:

„... sie kauften nicht nur in Sachsen, sondern auch in Preußen die besseren umlaufenden Sorten mit den schlechteren neuen Münzen auf und prägten die guten Münzen in schlechte um. Nach SCHRÖTTER wäre es ihnen sonst gar nicht möglich gewesen, 'jährlich 6 bis 10 Millionen Reichstaler an Schlagschatz abzuführen', und eben aus diesem Grunde soll Friedrich auch nichts gegen diese 'betrügerischen' Manipulationen unternommen haben.“ ...

Ergänzend heißt es in der Fußnote 38:

„So sehr diese nämlich von der Staatsraison und dem Druck des Krieges diktiert worden waren. mußte die Bevölkerung, deren Ersparnisse sich mehr oder weniger auflösten, als Betrugsmanöver ansehen.“

Das nachfolgende Zitat aus dem Text von Seite 18 bestätigt dann die Darstellung, daß eine starke Wurzel des Antisemitismus in den Vorgängen um die Münze zu suchen sind.

„Wegen der entstandenen und weiter wachsenden Vermögensverluste richtete sich der Haß der Bevölkerung nun gegen die Juden, die zwar für den Münzenhandel und die Metallgeschäfte als durchaus befähigt galten, als 'Menschen ohne Vaterland' aber eines weiten Gewissens besonders verdächtigt wurden.“

In unserer nächsten Ausgabe setzen wir diesen Beitrag von Tristan Abromeit u. a. mit einem Exkurs über die Bodenrechtsproblematik fort. Die Redaktion

Stabilitätskriterien nicht aufweichen!

Der nächste wichtige Termin für die Euro-Währung ist der 1. Januar 1999. Ab diesem Zeitpunkt gelten die Umrechnungskurse, die 1998 nach den Wechselkursen von 1997 festgelegt werden. 1998 soll auch festgelegt werden, welche Länder die festgesetzten Kriterien erfüllen und somit die Vorbedingungen zum Eintritt in die gemeinsame Währung geschafft haben.

Die kritische Phase läuft bis zum Jahr 2002. Schon jetzt mehrten sich die Stimmen, die entweder einer Aufweichung der Kriterien das Wort reden, oder eine Nachverhandlung des Maastricht-Vertrags einfordern. Prof. Joachim Starbatty schreibt in FOCUS 4/1996: „Der Aufbruch in die Währungsunion gleicht einer Expedition in unbekanntes Gebiet. Ein Scheitern zerstörte das bisherige europäische Aufbauwerk. ... Die Vorschriften zur Währungsunion gehen ins Detail, während die übrigen Teile einem Haufen leerer Blätter gleichen (Johannes Gross). ... Eine Nachverhandlung des Maastricht-Vertrags ist daher unabdingbar.“